

Vorteile digitaler und europäischer Beahldienste für Bürgerinnen und Bürger, Land und Kommunen nutzen

Drucksache 18/20429 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller:

CDU

GRÜNE

Digitalisierung

Europa

Datenschutz

Finanzpolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die flächendeckende Einführung europäischer, datenschutzkonformer Beahldienste wie Wero in Landes- und Kommunalverwaltung, um digitale Souveränität, Effizienz und Wettbewerb zu stärken.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung von Wero als sicherer, europäischer Alternative zu US-Beahldiensten
- Analyse landeseigener Gebührenzahlungen für digitale Beahloptionen
- Unterstützung der Kommunen bei der Implementierung
- Vorausschauende Integration mit EUDI-Wallet und digitalem Euro
- Sicherstellung von Interoperabilität und Wahlfreiheit

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag fördert digitale Souveränität, Datensparsamkeit und europäische Alternativen – das stärkt Menschenwürde (A1, B1, D1), Solidarität (D2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5, E5). Er berücksichtigt explizit Barrierefreiheit und Wahlfreiheit (kein Bargeldersatz), was soziale Gerechtigkeit (D4) und ökologische Nachhaltigkeit (E3 via Reduktion physischer Infrastruktur) unterstützt. Schwach ist die fehlende Verknüpfung zu gemeinwohlorientierter Beschaffung (A1–A5) und zu sozial-ökologischen Kriterien in der Auswahl von Anbietern.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Übereinstimmung mit CDU/GRÜNE-Koalition
- Konsequente Datenschutzorientierung
- Europäische Souveränität als Gemeinwohlziel
- Interoperabilität und Wettbewerb als Kernforderung

Schwächen

- Keine konkreten Maßnahmen zur digitalen Teilhabe
- Fehlender Bezug zu sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde im Zugang
- Keine Verankerung des Bargeldrechts

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	-	•	•	•	•
B • FINANZEN	++	•	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D • BÜRGER:INNEN	++	++	•	++	++
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	++

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde bei Bürger:innen Bewertung: +5

Datenschutzkonformität, Privacy by Design, Barrierefreiheit, keine Zwangs-Digitalisierung

E5 Transparenz & Mitbestimmung über Grenzen hinaus Bewertung: +5

Stärkung europäischer Souveränität (EPI), Verringerung Abhängigkeit von US-Plattformen

B1 Finanzethik & Steuerverantwortung Bewertung: +4

Förderung datensouveräner, europäischer Infrastruktur stärkt Rechtsstaatsprinzip und Finanztransparenz

D2 Solidarität bei Bürger:innen Bewertung: +4

Kostenfreie P2P-Zahlungen, niedrige Gebühren im Handel → Entlastung für Privatpersonen und KMU

A1 Menschenwürde bei Lieferanten Bewertung: -2

Keine Forderung nach Gemeinwohl-Beschaffungskriterien für Wero-Anbieter (z.B. Tariftreue, CO₂-Transparenz)

CDU

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt den CDU-Kernpositionen zu Digitalisierung (S. 87, 89), Datensouveränität (S. 87), Europa (S. 4, 6) und Bürokratieabbau (S. 87). Die Förderung von Wero als europäischem, bankengetragenen System spiegelt die CDU-Präferenz für marktwirtschaftliche, technologieoffene Lösungen wider.

„Wir haben das E-Government-Gesetz novelliert und damit die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung auf das Jahr 2025 vorverlegt.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 87

PARTEIPROGRAMM

8/10

Deckt sich mit dem CDU-Grundsatzprogramm 2024 zu datenbasierter Verwaltung (S. 80) und Schöpfungsverantwortung als Grundlage für technologischen Fortschritt. Fehlt expliziter Bezug zum Sozialstaatsprinzip in diesem Kontext.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD**WAHLPROGRAMM**

6/10

Teilweise konsistent: SPD fordert digitale Verwaltung (S. 52), Datenschutz und EU-Stärkung. Aber fehlender Bezug zu sozialer Gerechtigkeit (z. B. kein Ausbau der digitalen Teilhabe für benachteiligte Gruppen) und keine Verbindung zu Tariftreue oder guter Arbeit in der IT-Infrastruktur. Keine Zitate passen direkt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Entspricht dem Hamburger Programm zur Vorsorge (soziale Sicherheit im digitalen Raum) und Nachhaltigkeit als Grundwert. Allerdings fehlt die Betonung von Solidarität in der digitalen Infrastrukturgestaltung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM**9/10**

Der Antrag ist ein Musterbeispiel grüner Digitalpolitik: Datenschutzkonformität (S. 52), Interoperabilität (S. 118), europäische Souveränität (S. 87), Whistleblower-Schutz (S. 92) und Lieferkettentransparenz (S. 118) sind alle adressiert. Die Forderung nach Privacy by Design entspricht exakt Grüne-Politik.

„Wir machen die Digitalisierung allen zugänglich Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge in Zukunft auch digital möglich sind.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 52

PARTEIPROGRAMM**9/10**

Direkt abgebildet im Grundsatzprogramm 2020: Offenheit als Leitprinzip (S. 49), Datenschutz als Teilhabe (S. 49), digitale Souveränität als Gemeinwohlziel (S. 41, 48).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP**WAHLPROGRAMM****8/10**

Konsistent mit FDP-Fokus auf Digitalisierung (S. 52), Technologieoffenheit und Marktlösungen. Wero als bankengetragenes, marktbasiertes System passt zur FDP-Philosophie. Fehlender Bezug zu Entlastungseffekten für Bürger:innen und zu Eigenverantwortung bei Identitätsmanagement.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**8/10**

Passt zum FDP-Grundsatzprogramm 2012: Freiheit als höchster Wert, Eigenverantwortung, Rechtsstaat und Datenschutz. Digitale Souveränität wird als Freiheitsfrage verstanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD**WAHLPROGRAMM****2/10**

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt EU-Integration ab („Brüsseler Bürokratie“), befürwortet Kernkraft statt Digitalisierung als Priorität und sieht digitale Identität als Überwachungsrisiko. Der Antrag setzt auf europäische Kooperation und digitale Souveränität — beides afD-feindlich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**1/10**

Vollständiger Widerspruch zum AfD-Grundsatzprogramm 2016: Nationale Souveränität statt europäischer Integration, Skepsis gegenüber digitaler Identität, Ablehnung von EU-Projekten wie EUDI-Wallet.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Digitale Zahlungsangebote müssen barrierefrei gestaltet sein und dürfen keine Bevölkerungsgruppen ausschließen.

Digitale Zahlungsangebote müssen barrierefrei gestaltet sein und dürfen keine Bevölkerungsgruppen ausschließen; zusätzlich ist der uneingeschränkte Zugang zu Bargeld als Menschenrecht gesetzlich zu sichern, sowie kommunale digitale Lotsenstellen einzurichten, um analoge und digitale Zahlungswege gleichermaßen zu ermöglichen.

Begründung: Stärkt Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch konkrete Inklusionsmaßnahmen und Bargeldgarantie.

Vorschlag 2 von 3

Original: Sicherzustellen, dass keine monopolartigen Strukturen entstehen und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern erhalten bleibt.

Sicherzustellen, dass keine monopolartigen Strukturen entstehen und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern erhalten bleibt durch verbindliche Open-API-Standards und staatliche Prüfung der Interoperabilität aller eingesetzten Systeme.

Begründung: Verankert Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Solidarität (B2) durch technische und regulatorische Verpflichtung zur Offenheit.

Vorschlag 3 von 3

Original: Bei der technischen Integration von digitalen und europäischen Bezahldiensten bereits die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten rund um die Einführung der EUDI-Wallet sowie des digitalen Euro, insbesondere im Bereich der Transaktionsfreigabe mitzudenken.

Bei der technischen Integration von digitalen und europäischen Bezahldiensten bereits die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten rund um die Einführung der EUDI-Wallet sowie des digitalen Euro, insbesondere im Bereich der Transaktionsfreigabe mitzudenken und dabei sicherzustellen, dass die EUDI-Wallet als offenes, standardbasiertes und nicht proprietäres System implementiert wird, das auch unabhängige Wallet-Anbieter einbindet.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Solidarität (B2) durch Vermeidung von Lock-in-Effekten und Förderung pluraler Akteurslandschaft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-127

Ja: AfD ! CDU FDP GRÜNE SPD

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20429

Vorteile digitaler und europäischer Bezahldienste für Bürgerinnen und Bü-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Vorteile digitaler und europäischer Bezahldienste für Bürgerinnen und Bürger, Land und Kommunen nutzen

I. Ausgangslage

Moderne, sichere und datenschutzkonforme Bezahldienste ermöglichen eine komfortable, kosteneffiziente und benutzerfreundliche Zahlungsabwicklung für Bürgerinnen und Bürger. Der digitale und europäische Bezahldienst Wero ist ein Beispiel für eine sichere Alternative zu bekannten internationalen Zahlungsdiensten. Über Wero lassen sich Überweisungen in Echtzeit durchführen – ganz ohne IBAN, stattdessen per Handynummer oder E-Mail-Adresse, direkt von Girokonto zu Girokonto.

Auch öffentliche Verwaltungen können von diesen Vorteilen profitieren, da sie sensible Bürgerdaten zuverlässig schützen und gleichzeitig Zahlungen effizient abwickeln können. Wichtig ist, dass die Nutzung dabei konsequent den Prinzipien der Datensparsamkeit sowie Privacy by Design und Privacy by Default folgt. Der europäische Bezahldienst Wero ist ein Beispiel neben möglichen anderen Anbietern, der diese Datenschutzkriterien erfüllt. Anbieter von Wero ist die European Payments Initiative (EPI), an der in Deutschland zahlreiche Banken beteiligt sind – darunter insbesondere die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken.

Wero wurde mit dem Ziel entwickelt, die digitale Souveränität und Resilienz der Europäischen Union zu stärken und die Abhängigkeit von marktbeherrschenden außereuropäischen Zahlungsanbietern zu reduzieren. Zugleich bietet Wero Transaktionen zu niedrigen Gebühren: Für Zahlungen zwischen Privatpersonen ist Wero gebührenfrei. Im E-Commerce und stationären Handel fällt lediglich eine Transaktionsgebühr von 0,77 Prozent an – deutlich weniger als bei etablierten Zahlungsanbietern. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass durch die Einführung keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen und Wettbewerb sowie Interoperabilität zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern gewährleistet bleiben.

Als bevölkerungsreichstes Bundesland könnte Nordrhein-Westfalen bei der flächendeckenden Nutzung von digitalen und europäischen Bezahldiensten eine Vorreiterrolle übernehmen, indem Zahlungen in Behörden und Ämtern – sowohl vor Ort als auch online – ermöglicht werden. Dies würde nicht nur die digitale Souveränität des Landes sowie seiner Städte und Gemeinden stärken, sondern auch die Effizienz und Benutzerfreundlichkeit öffentlicher Dienstleistungen spürbar erhöhen.

Gerade in Kommunen bieten sich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten an – etwa für die Bezahlung von Anwohnerparkausweisen, Gebühren im Einwohnermeldewesen oder Urkunden des Standesamtes. Ein Beispiel für die praktische Anwendung ist Wero. Laut Angaben von Sparkasse Public Services wird der Bezahldienst bereits in rund 80 Kommunen bundesweit eingesetzt, weitere Kommunen bereiten derzeit die Einführung vor.¹ Auch auf Landesebene lassen sich Gebührenzahlungen mit digitalen und europäischen Bezahldiensten sicher und effizient abwickeln. Selbstverständlich sollen digitale und europäische Bezahldienste den Einsatz von Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Mit der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) und dem digitalen Euro werden zwei zentrale Vorhaben zur Stärkung der digitalen Souveränität in Deutschland und Europa vorangetrieben. Als App für digitale Identitäten erlaubt die EUDI-Wallet in Zukunft, sich online wie offline sicher auszuweisen, Dokumente digital zu verwalten und jederzeit selbstbestimmt über die eigenen Daten zu verfügen. Deutschland plant die Bereitstellung der ersten Stufe der staatlichen EUDI-Wallet für Anfang 2027². Perspektivisch soll die EUDI-Wallet auch Bankprozesse verändern – von der Kundenidentifizierung bei einer Kontoeröffnung bis hin zur Transaktionsfreigabe³. Vor diesem Hintergrund sollten aktuelle Maßnahmen zur Einführung europäischer Bezahldienste, beispielsweise Wero, mit Blick auf die künftigen Anwendungsmöglichkeiten der EUDI-Wallet ausgestaltet werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Wero bietet als europäischer Bezahldienst eine sichere, innovative und datenschutzkonforme Alternative zu außereuropäischen Zahlungsanbietern, deren Ausgestaltung sich an den Prinzipien der Datensouveränität und Datensparsamkeit orientiert.
- Für Bürgerinnen und Bürger können digitale und europäische Bezahldienste mobiles Bezahlen vereinfachen, ohne dabei auf Sicherheit und Datenschutz zu verzichten.
- Für die öffentliche Verwaltung können digitale und europäische Bezahldienste als Zahlungsalternative dazu beitragen, Zahlungsprozesse effizienter zu gestalten und dabei Kosten sowie Verwaltungsaufwand zu reduzieren.
- Digitale Zahlungsangebote müssen barrierefrei gestaltet sein und dürfen keine Bevölkerungsgruppen ausschließen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel:

- Zu analysieren, bei welchen Gebührenzahlungen auf Landesebene datenschutzkonforme, europäische und digitale Bezahldienste als sinnvolle Alternative etabliert werden können.
- Die Anwendung von europäischen Bezahldiensten wie Wero in den nordrhein-westfälischen Kommunen und Landschaftsverbänden voranzutreiben und dazu gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, wie das Land diesen Prozess unterstützen kann.

¹ <https://www.s-publicservices.de/wero#vorteile>

² <https://bmds.bund.de/themen/digitaler-staat/digitale-identitaeten/eudi-wallet>

³ <https://authada.de/blog/eudi-wallet-anbindung-banken-finanzdienstleister/>

- Bei der technischen Integration von digitalen und europäischen Bezahl diensten bereits die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten rund um die Einführung der EUDI-Wallet sowie des digitalen Euro, insbesondere im Bereich der Transaktionsfreigabe mitzudenken.
- Sicherzustellen, dass keine monopolartigen Strukturen entstehen und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern erhalten bleibt.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Fabian Schrumpf
Klaus Vossemer
Olaf Lehne
Martin Lucke

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Dr. Julia Höller
Simon Rock
Dr. Robin Korte

und Fraktion

und Fraktion